

Redebeiträge der antifaschistischen Demonstration am 30.03.2013 in Dortmund.



- Seite 2-6
„Dortmund 2013: SPD-Hegemonie im Antifaschismus vs. die Rechte“
AntifaschistInnen aus Dortmund
- Seite 7-9
„Skinhead-Front Dortmund-Dorstfeld“
Antifaschistische Union Dortmund
- Seite 10-11
„Johanna Melzer Straße / Martha Gillessen Straße“
Die Bande
- Seite 12-14
„Wegweiser in die Vergangenheit“
Antifaschistische Union Dortmund
- Seite 15-17
„NSU - Verfassungsschutz und Nazis Hand in Hand“
AntifaschistInnen aus Dortmund
- Seite 18-20
„Ein paar Welten stürzten ein, Lichtjahre entfernt - zum Umgang der (radikalen) Linken mit dem NSU“
Antifaschistische Union Dortmund

„Wir brauchen in Dortmund einen Antifaschismus, der mit einem offenen Blick die Maßnahmen und Handlungen der städtischen Akteure analysiert, beharrlich kritische Fragen stellt und Orte schafft, von wo aus Gesellschaftliche Intervention stattfinden kann.“

Redebeitrag von Dortmunder AntifaschistInnen zur Stadt Dortmund und deren Verhalten gegenüber Neonazis und unabhängigem Antifaschismus.

“Dortmund 2013: SPD-Hegemonie im Antifaschismus VS. die Rechte”

Werte Antifaschistinnen & Antifaschisten,

wir wollen die heutige Demonstration zum Anlass nehmen, die Situation in Dortmund – acht Jahre nach der Ermordung Thomas „Schmuddel“ Schulz’ und sieben Jahre nach der Ermordung Mehmet Kubaşiks – zu untersuchen. Zum Tod von Schmuddel, zur Bedeutung der NSU-Morde, zur Skinheadfront und zur Modernisierung der sogenannten Autonomen Nationalisten als Partei „Die Rechte“ wird bzw. wurde hier bereits einiges gesagt. Wir wollen hier aber weniger auf die Neonaziszene eingehen, sondern die Veränderungen in der Stadtpolitik beleuchten:

In den letzten acht Jahren hat sich die Politik der Stadt verändert und das Handeln von offizieller Seite verdient in der Tat Anerkennung. Die Stadt hat eine Stelle mit dem blumigen Namen „Städtische Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ eingerichtet. Ein Instrument städtischer Maßnahmen sind die sogenannten „Runde Tische“ – diese sollen das Raumgreifen von Nazis verhindern. Der Stadtteil Huckarde ist beispielsweise viel schneller dabei, einen Gegenpol aufzustellen als Dorstfeld. Direkt nachdem bekannt wurde, dass die künftige Landeszentrale der Partei „Die Rechte“ in Huckarde ihren Sitz haben soll, wurde dort ein Runder Tisch gegen Rechts gegründet. Denn die Stadt hat in einem langwierigen Prozess gelernt, dass Verschweigen und vermeintliches Aussitzen des Dortmunder Nazi-Problems wirklich nichts bringt.

Es gibt jedoch weiterhin Defizite: Auf politischer Ebene wird weiterhin der Mord an Schmuddel nicht als rechtsmotivierter Mord anerkannt, bislang gibt es trotz der Zusage durch die Stadt auch immer noch keine öffentliche Gedenktafel. Wir fordern nachdrücklich die Installation der zugesagten Gedenktafel an der Kampstraße! Hinzu kommt: Es steht noch aus, dass sich die Gerichte den Problemen ernsthafter annehmen: In vielen Fällen wird weiterhin rechte Gewalt entpolitisiert oder die Strafverfolgung kommt zum Erliegen – wie beispielsweise im Fall des HirschQ-Überfalls vor über zwei Jahren. Nach welchen Kriterien wird eigentlich bestimmt, in welchen Strafsachen mit wenig Zeitverzug geurteilt wird – und in welchen nicht? Ist Ladendiebstahl vielleicht schlimmer als rechte Gewalt?

Kommen wir nun zur wirklichen Kehrseite der Medaille: Wir beobachten, dass diese gesteigerte Interventionsfähigkeit der Stadt Hand in Hand damit einhergeht, dass sich die SPD als hegemoniale Kraft im Antifaschismus etablieren will. Und wie zeigt sich das?

Seit die Stadt Dortmund sich die Politikberatung aus Bielefeld beim Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung von Herrn Heitmeyer eingekauft hat, sehen wir eine Art „Extremismuskonzeption light“ am Werk. Die Koordinierungsstelle und seine Runden Tische in den Stadtteilen werden zu Transmissionsriemen der städtischen Politik. Gleichzeitig wird versucht, Antifaschistinnen an den Rand zu drängen. Die Verwertung von konkretem Wissen über Nazistrukturen der Antifa ist gewünscht, radikale Kritik an den Verhältnissen jedoch nicht. Dierk Borstel, ebenfalls aus dem Hause Heitmeyer, formuliert das in einem Text zur Begründung des Verbots des Antifacamps im letzten September summarisch so:

„Die Antifaschisten müssen die Frage beantworten, ob sie ernsthaft den Rechtsextremismus oder doch den Staat bekämpfen wollen.“

Interessanterweise sind es jedoch gerade die staatlichen Strukturen, die im Umgang mit den Neonazis versagt haben. Die Rolle der Antifa war und ist es gewesen, immer wieder zuerst auf Missstände hinzuweisen, insbesondere auch in der Stadtpolitik. Es ist manchmal exakt das Richtige, den Rechtsextremismus eben genau dadurch zu bekämpfen, indem das Fehlverhalten des Staats aufgezeigt wird: Mit der Ignorierung und Entpolitisierung der Nazigewalt haben Politik, Polizei und Justiz die Dortmunder Verhältnisse erst geschaffen.

Weiteres Zitat, diesmal Hartmut Anders-Hoepgen, Sonderbeauftragter der Koordinierungsstelle:

„Es gibt kaum eine große Stadt in der Bundesrepublik, die sich dermaßen offensiv und kreativ mit der Problematik auseinandersetzt. Dies hat uns auch Professor Heitmeyer in seinem Gutachten bestätigt. Dortmund ist eine Hochburg des Widerstands gegen Rechtsextremismus.“

Mit anderen Worten: was wir beauftragt haben, wird uns auch bestätigt. Aber vielleicht kann etwas anderes von vermeintlich wissenschaftlichen Claqueurtexten nicht erwartet werden. Und für die Sozialdemokratie heißt Geld auszugeben eben, Kontrolle über die Außendarstellung der Stadt zu erreichen.

Das aktuellste Beispiel ist dafür die Opferberatung Backup. Ihre wissenschaftliche Leiterin (ebenfalls aus dem Hause Heitmeyer) und Medienrepräsentantin, Frau Luzar, war sich nicht zu schade, sich in einer Art Neujahrsansprache an die Dortmunder Neonazis zu wenden und von ihnen zu erbeten, dass sie doch bei ihrem „Protest“ auf Gewalt verzichten sollen. Als ob Nazi sein nicht genau das ist: Gewalt gegen Andersdenkende!

Damit nicht genug, des Weiteren äußerte Frau Luzar in Richtung der Nazigegner ebenfalls den Wunsch, dass diese doch auf Gewalt verzichten mögen und im Falle von Übergriffen Anzeige bei der Polizei stellen sollen.

Uns ist nicht bekannt, dass neuerdings in Dortmund Gewalt gegen Neonazis ein Problem darstellen würde. Mit dem pauschalen Tipp, Anzeige bei der Polizei zu stellen, hat Frau Luzar sich zudem in das Licht einer schlechten Beraterin gestellt. Wir erinnern an den Naziübergriff in Wellinghofen, bei dem die Polizei nichts Besseres zu tun hatte, als die hinzukommende Mutter eines Geschädigten zu verhaften.

Eine öffentliche Stellungnahme von Backup, nachdem dieser Apell kritisiert wurde, lässt weiterhin auf sich warten. Jahrelang haben Antifaschist/innen gefordert, dass die Stadt Dortmund eine unabhängige Opferberatung einrichtet. Kaum hat sich diese etabliert, wird mit solcherlei Ansprachen die Unabhängigkeit aufs Spiel gesetzt: anstatt parteisch an der Seite von Opfern von Naziübergriffen zu stehen, werden im Namen der „Bielefelder Ideologie“ maßregelnde Ansprachen an Opfergruppen gehalten.

Zudem fragen wir uns: Wo ist denn all das „bürgerschaftliche Engagement“, ein Leitgedanke in den Veröffentlichungen der Bielefelder Soziologen? Bislang finden in Dortmund die meisten Naziaufmärsche ohne nennenswerten Gegenprotest statt, und das ganz im Gegensatz zu den meisten anderen Ruhrgebietsstädten. Die Stadt Dortmund träumt bislang nur von einer „aktivierten Stadtgesellschaft“. Diese ist jedoch nicht zu haben, indem das gute „Wissen“ der Antifa von der „bösen Antistaatlichkeit“ getrennt wird. Die sozialdemokratische Stadtregierung kann sich einen Umgang mit sozialen Bewegungen anscheinend nur als Vereinnahmung vorstellen und ist damit Lichtjahre entfernt von einer modernen

Stadtpolitik.

Jetzt haben wir so schön über die Stadt gemeckert, leider können wir euch und uns dabei nicht weniger verschonen. Viel Positives wurde in den letzten Jahren in Dortmund entwickelt. Wir haben ein paar größere und auch viele nicht minder wichtige kleinere Punkte in der Auseinandersetzung mit den Nazis gewonnen. Ein paar Aspekte sind uns trotzdem wichtig zu kritisieren:

1. Uns scheint, nachdem sich die Bemühungen der Stadt intensiviert haben, dass viele Antifaschist/innen glauben, ihr Engagement sei nicht mehr nötig. Aber für Dortmund gibt es keine Entwarnung. Die Reorganisation und Konsolidierung der Nazistrukturen als Partei bedeutet, dass die Auseinandersetzung mit den Neonazis noch eine lange sein wird. Also lasst uns weiter dranbleiben, seid kreativ und hartnäckig!

2. Eine kritische antifaschistische Politik und Praxis zu entwickeln ist nicht einfach. Oft stehen sich radikale Gesellschaftskritik und pragmatisches Vorgehen als vermeintlich grundsätzliche Widersprüche gegenüber – und wir suchen dann lieber nach Bestätigung in den eigenen Milieus anstatt die eigene Position durch eine offene Auseinandersetzung zu gefährden.

3. Mit der späten Aufdeckung des NSU ist ein strukturelles Problem deutlich geworden: die Selbstorganisation von Migrantinnen fand nahezu komplett ohne Anteilnahme von antifaschistischen Strukturen statt. Für Dortmund gilt das besonders: die Angehörigen von Mehmet Kubaşık waren der Überzeugung, dass die Täter Neonazis gewesen sein müssen. Wo waren wir als Antifa damals?

Leider setzt sich diese Trennung weiter fort. In der nächsten Woche finden u. a. von der DIDF organisierte Veranstaltungen statt – ohne dass Dortmunder Autonome Antifas dort beteiligt wären und umgekehrt. Diese Demonstration heute, die sich gegen rechte Gewalt im Allgemeinen und gegen den Mord der NSU im Besonderen richtet, ist ohne Beteiligung migrantischer Gruppen organisiert worden. Das Problem dabei ist wechselseitig: eine Solidarisierung von migrantischer Seite, als Schmuddel ermordet wurde, gab es auch nicht. Wir fragen also in alle Richtungen: Was muss eigentlich passieren, damit bei der Auseinandersetzung mit rechter Gewalt ein gemeinsamer Nenner entwickelt wird?

Wir möchten Euch an dieser Stelle auffordern: Beteiligt euch an den Protesten und dem Gedenken in der nächsten Woche, seid neugierig und sucht aktiv die Auseinandersetzung.

Weiterhin bleibt wichtig, im Alltag gegen Neonazis vorzugehen; laut zu widersprechen, wenn Rassismus geäußert wird, einzugreifen, wenn Menschen bedroht werden. Es bleibt wichtig, sich für eine solidarische Gesellschaft einzusetzen, in der die Herkunft, die Hautfarbe, das Geschlecht, die sexuelle Orientierung und der Geldbeutel nicht darüber entscheiden dürfen, ob ein Mensch anerkannt wird und nicht ausgegrenzt, also einigermaßen gesittet und freimütig leben kann.

Was tun in Dortmund?

Wir müssen uns für einen konsequenten Antifaschismus stark machen! Aber was heißt das genau in Dortmund – gerade nachdem sich die Stadt als oberster Antifaschist aufspielt?

Wir sehen das so:

Wir brauchen in Dortmund einen Antifaschismus, der mit einem offenen Blick die Maßnahmen und Handlungen der städtischen Akteure analysiert, beharrlich kritische Fragen stellt und Orte schafft, von wo aus gesellschaftliche Intervention stattfinden kann.

Kein Vergeben – Kein Vergessen! Asla unutmayacağız, affetmeyeceğiz!

Vielen Dank fürs Zuhören.

Einige Antifaschist_innen aus Dortmund

Hintergrund:

- Die Studie zum Download:

http://www.dortmund.de/media/downloads/pdf/vielfalttolernaz/Studie_Analysen_und_Handlungsvorschlaege_zum_Rechtsextremismus_in_Dortmund.pdf

- Update 2012 zur Studie

http://www.dortmund.de/de/leben_in_dortmund/nachrichtenportal/nachricht.jsp?nid=185524

- „Dortmund ist Hochburg des Widerstands“, Hartmut Anders-Hoepgen

http://www.dortmund.de/de/rathaus_und_buergerservice/lokalpolitik/vielfalt_toleranz_und_demokratie/interview_anders_hoepgen/interview_hartmut_andershoepgen.html

- Expertenmeinung: Dr. Dierk Borstel zum Thema „Antifacamp“, 31.8.2012

http://www.dortmund.de/de/leben_in_dortmund/nachrichtenportal/nachricht.jsp?nid=205057

- Artikel zum offenen Brief der Opferberatung: „BackUp: Offener Brief gegen rechte Gewalt in NRW im Bettina Wulff-Style, 8.1.2013“

<http://www.ruhrbarone.de/backup-brief-gegen-rechte-gewalt-in-nrw-im-bettina-wulff-style/>

- „Mit Extremismustheorie und Bratwurst gegen Nazis“, Gruppe Kritik & Intervention, Bielefeld, 5.10.2012

<http://kritikundintervention.org/artikel/mit-extremismustheorie-und-bratwurst-gegen-nazis>

„Viele Nazis der „Skinhead-Front“ sind mehrfach und einschlägig vorbestraft - einige haben bereits in den 1980ern erste Verurteilungen gesammelt.“

Redebeitrag der "Antifaschistischen Union Dortmund" zu den gewalttätigen Übergriffen der "Skinhead-Front Dortmund-Dorstfeld" sowie der mangelnden Auseinandersetzung mit dieser Gruppierung durch die autonome Linke.

Die “Skinhead-Front Dortmund-Dorstfeld” stärker in den Blick nehmen

Wenn man von der Dortmunder Neonaziszene spricht, dann sind vordergründig die aktionsorientierten “Autonomen Nationalisten” gemeint. Ohne Zweifel, jene “Autonome Nationalisten” sind äußerst aktiv, führen regelmäßig Flugblattaktionen, Kundgebungen und bundesweit bekannte Aufmärsche durch und ihre gut ausgebaute Infrastruktur und überregionale Vernetzung sind Grund genug, um sich mit den Protagonisten dieser Szene analytisch und handfest auseinanderzusetzen.

Neben diesem Personenkreis, der sich nach den staatlichen Verboten im Sommer 2012, nunmehr in der Neonazi-Partei “Die Rechte” organisiert hat und die neonazistischen Aktivitäten ungehindert fortführt, gibt es in Dortmund aber noch eine weitere rechte Szene, die nur punktuell in das Bewusstsein gerät: die Aktiven und Sympathisanten der “Skinhead-Front Dortmund-Dorstfeld”.

Im Jahr 2004 schloss sich eine etwa zehnköpfige Gruppe klassisch kahlrasierter Neonazis zu einer festen Kameradschaft zusammen. Damals von Antifa-Gruppen, Zivilgesellschaft und Lokalpolitik völlig unbeachtet, wuchs um den Steinauweg in Oberdorstfeld eine extrem rechte Gruppierung heran, die sich unweit der in Unterdorstfeld wohnenden und präsenten “Autonomen Nationalisten” eine vitale rechte Wohn- und Lebensgemeinschaft aufbaute. Obwohl diese Boneheads schon damals durch ihr auffälliges Outfit und ihr offensives Auftreten im Stadtteil hätten zur Kenntnis genommen werden können, wurde die Gruppe erst durch eine brutale Gewalttat wirklich wahrgenommen. Erst als am Ostermontag 2005 der damals 17-jährige Neonazi Sven Kahlin den Punker Thomas Schulz in der belebten Dortmunder Innenstadt erstach, rückte diese gewalttätige Gruppierung in den Fokus von Medien, Lokalpolitik und Antifa. Anlässlich des Jahrestages dieses rechtsmotivierten Mordes, der bis heute leider immer noch nicht offiziell als solcher anerkannt wird, versammeln sich wie heute jedes Jahr Antifaschisten, um auf die gewalttätigen Dortmunder Neonazis aufmerksam zu machen und gesamtgesellschaftliche Gewaltverhältnisse wie Rassismus zu kritisieren.

Nachdem Sven Kahlin, das bis dahin bekannteste Mitglied der “Skinhead-Front”, nach 5 1/2 Jahren im September 2010 vorzeitig aus der Justizvollzugsanstalt Werl entlassen wurde, setzte er seine Gewalttaten nahtlos fort: keine drei Wochen nach seiner Entlassung schlug er in Dorstfeld einen Wirt nieder, weil dieser keine Nazis in seiner Kneipe dulden und die Boneheads rausschmeißen wollte. Einige Wochen später – im Dezember 2010 – war Sven Kahlin dann mit zwölf weiteren Neonazis an dem bisher brutalsten Überfall auf die Kneipe “Hirsch-Q” beteiligt: Sie versuchten die Kneipe zu stürmen, was jedoch doch Dank heftiger Gegenwehr seitens der Besucher verhindert werden konnte. Die Nazis zogen jedoch einen Gast aus der Kneipe und traten mit mehreren Leuten auf den am Boden Liegenden ein. Einer der Rechten – Tim Gehrman – stach sogar mit einem Messer auf ihn ein. Die Täter sind dank Überwachungsvideo und anthropologischem Gutachten eindeutig identifiziert. Die Hauptverhandlung gegen zehn angeklagte Neonazis hat allerdings bis zum heutigen Tag immer noch nicht begonnen. Wie belastend das Warten für die Betroffenen zum einen ist und was das für die schwindende Erinnerung an die Tatnacht in Bezug auf die Zeugenaussagen zum anderen bedeutet, muss wohl nicht extra betont werden.

Bei den Neonazi-Skins kommen mehrere Aspekte zusammen, die sie so extrem gefährlich machen: Sie sind extrem gewaltaffin und oft auch mit potentiell tödlichen Waffen wie Messern ausgerüstet. Viele von ihnen sind schwere Alkoholiker – sie trinken viel und regelmä-

ßig. Abgesehen von einer recht niedrigen Hemmschwelle zur Gewaltanwendung ist das einer der Gründe, warum sie oft situativ-spontan und impulsiv Gewalttaten gegen Linke und Migranten begehen. Entscheidend ist auch, dass die Aktivisten der "Skinhead-Front" sich offenbar auch von staatlicher Repression und strafrechtlichen Konsequenzen nicht bremsen lassen. Der Knast ist für sie keine große Einschränkung – im Gegenteil: Das Beispiel Sven Kahlin hat gezeigt, dass die Haftzeit ihm nicht nur Rum und Ehre von seinen Kameraden außerhalb der Gefängnismauern einbrachte, sondern er konnte die staatlich verordnete Freizeit auch aus seiner Sicht sinnvoll nutzen und sich massiv Muskeln antrainieren, die ihm wiederum bei den späteren Übergriffen quasi zu Gute kamen.

Erst kürzlich endete vor dem Dortmunder Landgericht ein Prozess gegen vier angeklagte Neonazi-Skins – darunter unter anderem Sven Kahlin und sein jüngerer Bruder Jan sowie Tim Gehrman, der "Messerstecher" des Hirsch-Q-Überfalls. Drei der vier Angeklagten müssen jetzt eine längere Haftstrafe absitzen. Ihnen wurden mehrere Körperverletzungsdelikte zur Last gelegt: unter anderem hatten sie zwei türkischstämmige Jugendliche auf dem Dortmunder Weihnachtsmarkt niedergeschlagen, einen Mann in Oberhausen als "Drecksausländer" beschimpft und zusammengetreten und bei einem Nazi-Aufmarsch in Wuppertal einen Gegendemonstranten zu Boden getreten und traktiert.

Viele Nazis der "Skinhead-Front" sind mehrfach und einschlägig vorbestraft – einige haben bereits in den 1980ern erste Verurteilungen gesammelt. Haftstrafen machen ihnen einfach nichts aus und an ihrer Ideologie und Gewaltbereitschaft ändern diese ohnehin nichts. Knastaufenthalte halten Neonazis aber zumindest temporär von der Straße fern und schützen so die körperliche Unversehrtheit und das Leben vieler Menschen, die ansonsten zum Ziel ihrer Übergriffe werden würden.

Die radikale Linke sollte sich deshalb auch fernab von strafrechtlichen Diskursen um Sicherungsverwahrung Gedanken darüber machen, wie sie mit solchen neonazistischen und gewaltaffinen Intensivtätern umgehen kann, welche Maßnahmen hilfreich sind, um die Gefahr, die von ihnen ausgeht, einzudämmen. Gegen die in der Regel spontanen Übergriffe der Nazi-Skins wird die Antifa nichts ausrichten können. Aber es sollte möglich sein, sie anderweitig stärker in den Fokus zu rücken und sich nicht mehr nur primär auf den politischen Gegner zu konzentrieren, der stärker wahrnehmbar ist. Obwohl die "Autonomen Nationalisten" auch gewalttätig sind muss schließlich festgehalten werden, dass zumindest in Dortmund niemand aus ihren Reihen Menschen lebensgefährlich verletzt oder erstochen hat. Das haben bisher nur die Neonazi-Skins geschafft. Dieser Redebeitrag ist also als Plädoyer zu verstehen, auch jene rechte Cliquen und Kameradschaften ins Visier zu nehmen, die nicht den „Autonomen Nationalisten“ zugerechnet werden können.

„Während des Zweiten Weltkriegs bot sie ihre Unterkunft verfolgten Personen als Geheimversteck an.“

Redebeitrag von "Die Bande" zu den Namenspatronen der Straßen von Martha Gillessen und Johanna Melzer.

“Widerstandskämpferinnen”

Johanna Melzer

Wir befinden uns nun in der Johanna Melzer Straße.

Johanna Melzer war Kommunistin und Widerstandskämpferin im Ruhrgebiet.

Die Damenschneiderei Oblies in Dortmund wurde auf ihr Betreiben hin ab 1933 zu einer Anlaufstelle für Widerstandskämpfer*innen.

Durch Ermittlungen der Gestapo hatte die Polizei jedoch bereits Ende 1933 Kenntnis von dieser Anlaufstelle.

Johanna Melzer wurde im August 1934 verhaftet und zur Untersuchungshaft in die Steinwache am Dortmunder Hauptbahnhof gebracht. Im Jahr 1935 wurde sie im anschließenden Prozess zu 15 Jahren Zuchthaus wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt. Sie bekam den Namen „Eiserne Johanna“, da sie beharrlich schwieg und keine belastenden Aussagen machte, obwohl sie über Wochen in Handfesseln gehalten wurde.

Am 04. Mai 1945 wurde Johanna Melzer von den Alliierten aus der Haft befreit.

Schon im Januar 1946 arbeitete Johanna Melzer wieder aktiv in der KPD. Nach der Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen wurde sie sowohl Mitglied des ersten, von der britischen Militärverwaltung berufenen Landtags, als auch der ersten, demokratisch gewählten politischen Vertretung im Land. Sie setzte sich hier vor allem gegen Militarisierung und für die Interessen der Frauen ein.

Johanna Melzer war zudem Mitbegründerin des Demokratischen Frauenbunds Deutschlands (DFD) und Mitglied des Bundesvorstandes.

1953 erging Haftbefehl gegen sie wegen politischer Aktivitäten in der KPD und dem DFD in der Bundesrepublik. Diesem entzog Johanna Melzer sich.

Sie siedelte 1956 in die Deutsche Demokratische Republik über und verstarb am 3. Oktober 1960 in Ostberlin.

Martha Gillessen

Wir befinden uns nun in der Martha Gillessen-Straße.

Martha Gillessen war Kommunistin und Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus.

1933 wurde sie wegen Verteilung von Flugblättern, die der offiziellen Darstellung vom Reichstagsbrand widersprachen, verhaftet und wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu eineinhalb Jahren Haft verurteilt.

Während des Zweiten Weltkriegs bot sie ihre Unterkunft verfolgten Personen als Geheimersteck an. Das Versteck und die Gruppe um Martha Gillessen wurden verraten.

Sie wurde daraufhin in den Hördorfer Gestapokeller gesperrt.

Mit anderen Widerstandskämpfer*innen wurde Martha Gillessen im Rombergpark von der Gestapo ermordet.

An die Ereignisse erinnert heute das Mahnmal in der Bittermark und die Stadt Dortmund benannte 1989 diese Straße nach ihr.

Johanna Melzer

”In diesem Fall gehören Straßennamen zu einer sichtbaren Vergangenheitspolitik der jeweiligen Stadt. Die Straßennamen spiegeln dabei immer die Verhältnisse der Zeit wieder, in der ihre Benennung statt fand.“

Redebeitrag der “Antifaschistischen Union Dortmund” zu Straßennamen, deren zum Teil fragwürdigen Erinnerungsinhalten und antifaschistischen Interventionsmöglichkeiten.

“Wegweiser in die Vergangenheit - Fragwürdige Straßennamen in Dortmund”

Hallo Leute & Anwohnerinnen

im Folgenden wollen wir euch über fragwürdigen Straßennamen im Umfeld bzw. auf der Route dieser Demonstration informieren, Stellung zu diesen beziehen und auch Interventionsmöglichkeiten nahe legen.

Straßennamen sind Alltag im öffentlichen Leben, sie gehören fest zum Stadtbild und dienen der Orientierung. Viele Straßennamen haben harmlose Hintergründe wie beispielsweise Straßen, die nach Städten oder Pflanzen benannt worden sind. Andere Straßen sind jedoch auch nach historischen Persönlichkeiten oder Orten benannt.

In diesem Fall gehören Straßennamen zu einer sichtbaren Vergangenheitspolitik der jeweiligen Stadt. Die Straßennamen spiegeln dabei immer die Verhältnisse der Zeit wieder, in der ihre Benennung statt fand. Diese Verhältnisse waren und sind dabei immer abhängig von politischen und soziokulturellen Verhältnissen. Somit sind Straßennamen historisch gewachsen und eine Umbenennung ist keineswegs unpolitisch. Das Erinnern an geschichtsträchtige Ereignisse oder Persönlichkeiten geschieht demnach nicht nur durch Gedenktafeln und Denkmäler sondern auch durch die Benennung von Straßen und Plätzen, diese sind im Alltag zumeist deutlich präsenter.

Mit Straßennamen werden geschichtswürdige Persönlichkeiten seit Beginn des Mittelalters geehrt. Kein Wunder also, dass sich darunter auch Erinnerungsinhalte finden, die vom preußischem Militarismus, rassistischer Kolonisationsgeschichte und dem Nationalsozialismus geprägt sind.

Eben solche Straßen finden sich auch genau hier in der Nordstadt. Im direkten Umfeld zu dieser Demonstration liegen die Blücherstraße, die Scharnhorststraße, die Yorckstraße, die Feldherrnstraße, die Nettelbeckstraße und die Gneisenaustraße. Diese Straßenzüge werden auch als “Feldherrenviertel” bezeichnet, da die Namenspatronen sich größtenteils in Kriegen einen Namen gemacht haben. Die Namensgeber Gerhard von Scharnhorst und August Neidhardt von Gneisenau waren beispielsweise ranghohe Offiziere im preußischem Militär. Hier kämpften sie in deutschen Befreiungskriegen, die die Grundlage für spätere Angriffskriege und die Entstehung einer kollektiven deutschen Identität bildeten. Die Nettelbeckstraße ist nach Joachim Nettelbeck benannt, der aktiv am deutschen Kolonialismus beteiligt war. Die Straßen wurden bereits im Nationalsozialismus benannt und sind daher als Zeichen der Vergangenheit des deutschen Staates zu begreifen.

Dabei ist durch geschichtliche Erkenntnisse bereits bekannt, dass es sich bei all diesen Straßen um eher kritisch zu betrachtende Namenspatronen handelt, allerdings fehlt hier jedoch der Wille der Stadt zu handeln.

Betrachtet man die Nordstadt als Viertel welches während des Nationalsozialismus viele KommunistInnen beheimatete ist es nicht verwunderlich, dass das die Nazis gerade hier versuchten, durch die Benennung von Straßen ihr nationalistisches und militaristisches Weltbild zu manifestieren. Nach der erfolgreichen Zerschlagung Nazideutschlands wurden größtenteils nur die Straßen umbenannt, welche klar und deutlich nach Nazis benannt wurden oder in einem nationalsozialistischen Kontext standen. So hieß der Nordmarkt bis zur Befreiung vom Nationalsozialismus durch die Alliierten bspw. „Horst-Wessel-Platz“. Andere Straßen, wie im Feldherrenviertel, wurden hingegen nie umbenannt.

In einigen Fällen kommt es jedoch auch heute zu Umbenennungen. Am deutlichsten zeigt

sich dies immer wieder bei Straßen die nach Agnes Miegel benannt sind. Die Dichterin, welche dem Nationalsozialismus nahe stand und auch in ihrem Werk kein Geheimnis daraus machte, ist Namensgeberin mehrerer Straßen im Bundesgebiet. Jedoch wurden viele hiervon aufgrund der Vergangenheit Miegels bereits umbenannt.

Es zeigt sich also, dass es in Dortmund einige Straßen gibt, die eine Umbenennung aufgrund der NamensgeberInnen rechtfertigen würden. Als AntifaschistInnen stellen wir uns jedoch die Frage, wann und warum solche Umbenennungen Sinn machen und was damit erreicht werden kann. Wenn wir Initiative zu offiziellen Umbenennung ergreifen, so kann es nicht das Ziel sein, den ideologischen Erinnerungsinhalt einfach aus der Stadtgeschichte zu streichen. Schließlich sind die Straßennamen ein Hinweis auf die deutsche Vergangenheit und es wäre falsch, diese Zeitzeichen verschwinden zu lassen und damit die Vergangenheit zu entsorgen. Ein Hinweisschild bei den entsprechenden Namen wäre unserer Meinung nach passender. Die Straßenschilder wären so "Wegweiser in die Vergangenheit" und würden die nationalsozialistische Historie Deutschlands im Bewusstsein halten. Denkbar wäre es auch, die Straßen nach WiderstandskämpferInnen oder Opfer rechter Gewalt umzubennen. So würden wir uns auch eine "Thomas Schulz Straße" oder "Mehmet Kubasik Straße" wünschen.

Wir möchten abschließend dafür plädieren, die Kritik an fragwürdigen Straßennamen nicht alleine stehen zu lassen, sondern zu versuchen, diese in eine generelle Kritik und Analyse der deutschen Erinnerungspolitik einzubetten. Anderfalls würde die Debatte in einem luftleeren Raum geführt werden, den grade bei lokalpolitischen Debatten offenbart sich oft der Umgang mit der Geschichte und ihrer Erinnerung bei Stadtoberen und AnwohnerInnen.

„Aber nicht nur auf ihre Gesinnungsgenossen konnten sich die Mörder vom „NSU“ verlassen, auch der Verfassungsschutz, Deutschlands Inlandsgeheimdienst, hat fleißig mitgeholfen, den „NSU“ aufzubauen.“

Redebeitrag von Dortmunder AntifaschistInnen zum Thema „NSU“.

Mehmet Kubaşık – Verfassungsschutz und Nazis Hand in Hand

Am 4. April 2006 wurde Mehmet Kubaşık hier in seinem Kiosk an der Mallinckrodtstraße erschossen. Die Täter, Neonazis die sich selber "Nationalsozialistischer Untergrund" nannten, haben mindestens 9 weitere Menschen ermordet und vermutlich zwei Bombenanschläge verübt.

Opfer ihrer Morde wurden Menschen, die ihnen als Ausländer galten: Kleinunternehmer mit Wurzeln in der Türkei und Griechenland. Die Neonazigruppe hat die rassistische Hetze gegen Menschen mit Migrationshintergrund in die Tat umgesetzt.

Den Kern des NSU bildeten die drei Jenaer Neonazis Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Bönhardt. Sie waren bereits in den 90er Jahren fester Teil der Jenaer Neonazi-Szene, organisierten sich im "Thüringer Heimatschutz". Als sie in Verdacht gerieten, mehrere Bombenattrappen gelegt zu haben, tauchte das Trio unter. Erst im November 2011 flogen sie nach einem Banküberfall auf. Mundlos und Bönhardt begingen Selbstmord, Zschäpe zündete die gemeinsame Wohnung in Zwickau an und stellte sich später den Behörden.

Neben den drei "Haupttäter_innen" bestand der NSU aus einem Netzwerk von Neonazis, die Unterstützung für die Untergetauchten leisteten. Es wurden Waffen beschafft, Ausweispapiere zur Verfügung gestellt, Wohnungen angemietet und so die Grundlage für die Mordserie des NSU geschaffen. Ohne dieses Netzwerk an Helfer_innen wäre es den drei Mörder_innen niemals möglich gewesen, so lange aktiv zu sein.

Die wenigsten dieser Helfer_innen – Zeitungen sprechen von bis zu 129 Beteiligten – werden sich vor Gericht für ihre Unterstützung verantworten müssen. Lediglich 4 Neonazis – Zschäpe und drei ihrer Helfer – wird ab Mitte April in München der Prozess gemacht.

Aber nicht nur auf ihre Gesinnungsgenoss_innen konnten sich die Mörder vom "NSU" verlassen, auch der Verfassungsschutz, Deutschlands Inlandsgeheimdienst, hat fleißig mitgeholfen, den NSU aufzubauen. Das Umfeld der drei Neonazis aus Jena ist seit Jahren und Jahrzehnten mit so genannten "Vertrauenspersonen" der Geheimdienste durchsetzt. Vertrauenspersonen sind bezahlte Informant_innen, die selber Teil der Gruppe sind, gegen die Ermittelt wird. Für die Neonazis hat sich dieses V-Mann-System gelohnt. An die Vertrauenspersonen sind im Laufe der Jahre erhebliche Geldsummen geflossen, die zum Aufbau der Szene genutzt wurden. Die Verfassungsschutzbehörden waren trotz Vertrauenspersonen nicht in der Lage zu erkennen, das Jahrelang Neonazis, die diesen Vertrauenspersonen teilweise eng bekannt waren, mordend durch das Land gezogen sind.

Oder vielleicht gerade wegen den Vertrauenspersonen? Immer wieder, so wird in der Aufarbeitung der NSU-Verbrechen deutlich, haben Verfassungsschützer wichtige Informationen über die Neonaziszene zurückgehalten, weil sie ihre Vertrauenspersonen vor einer Enttarnung schützen wollten. Die Geheimdienste stellen das Wohlergehen eines Neonazis der ihnen ein paar Informationen verschafft höher als das ihrer Opfer!

Seit der Enttarnung des NSU-Trios versuchen die Geheimdienste eine Menge, um die Aufklärung der Morde und ihrer Unterstützung der Neonaziszene zu unterlaufen. Immer wieder werden Akten mit Bezug zum NSU vernichtet oder tauchen erst nach Monaten plötzlich wieder auf. Die zuständigen Beamten verweigern die Zusammenarbeit mit den Untersuchungsausschüssen von Bundestag und Landtagen, berufen sich auf Gedächtnislücken und den Schutz ihrer "Quellen".

In den letzten Tagen wurde erneut deutlich, wie nah der Verfassungsschutz am NSU dran war. Toni Stadler, ein ehemaliger V-Mann, ist laut Berichten der WAZ am 1. April 2006, kurz vor dem Mord an Mehmet Kubaşık, zusammen mit dem NSU-Mitglied Uwe Mundlos in Dortmund gesehen worden. In anderen Bundesländern wird solchen Verwicklungen durch Untersuchungsausschüsse in den Parlamenten nachgegangen. In NRW, wo der NSU einen Mord und zwei Sprengstoffanschläge verübt hat, wurden solche Aufklärungsbemühungen bisher unterlassen.

Es liegt an uns, nicht schweigend zuzusehen, wie die deutschen Behörden den Fall NSU kleinreden und ihre Verantwortung vertuschen. NRW braucht dringend einen Untersuchungsausschuss und eine weitgehende Prüfung der Frage, wie tief die Verfassungsschutzbehörden in den Mord an Mehmet Kubaşık verwickelt sind.

Wichtig ist aber auch, Solidarität mit den Angehörigen der Opfer zu zeigen. Kommt deshalb am 4. April zur Demonstration in Gedenken an Mehmet Kubaşık, die um 17:00 hier am Tatort beginnen wird. Informationen findet ihr unter dortmund.didf.de.

Vielen Dank

„Es zeigt einmal mehr das wir nicht nur zu unkritisch waren, sondern auch zu wenig Kontakte zu migrantischen Communities und Vertrauen in diese hatten.“

Redebeitrag der “Antifaschistischen Union Dortmund” zum “Nationalsozialistischen Untergrund”, dem Umgang der (radikalen) Linken mit dieser Terrorgruppe und möglichen Konsequenzen für die weitere autonome Praxis.

“Ein paar Welten stürzten ein, Lichtjahre entfernt... - Zum Umgang der (radikalen) Linken mit dem NSU”

Mehmet Kubaşık, Familienvater und Besitzer eines Kiosk auf der Mallinckrodtstrasse 190 wurde am 4.4.2006 durch den „NSU“ ermordet, erstmals erinnerten Linke öffentlich im Jahr 2012 in Dortmund, an ihn. Warum erst 2012?

Die Angehörigen organisierten bereits im Juli 2006 einen Schweigemarsch in Dortmund, der an die Demonstration „Kein 10. Opfer – Stoppt die Mörder“ in Kassel anschloss. In Kassel demonstrierten damals 3000 Menschen in Gedenken an die Opfer des später bekannt werdenden „NSU“. Schon damals wurde ein rechter Hintergrund durch die DemonstrantInnen vermutet. Die 3000 Menschen waren größtenteils deutsch-türkische Familien und die Angehörigen und Freunde von Halit Yozgat.

Nun ist es über ein Jahr her, dass die Morde der Neonazis des „NSU“ durch einen Knall aufflogen. Einen wirklich großen Aufschrei, von linker Seite, gab es nicht; eher eine große Ratlosigkeit. So wurden weder militante Spontandemonstrationen durchgeführt, noch gab es Angriffe auf Naziläden oder staatliche Institutionen. Wobei dies durchaus gängige Praxen innerhalb der (radikalen) Linken sind, wenn es bspw. um die Räumung von linken Zentren oder die Ermordung von GenossInnen geht.

Vielmehr fehlt das Eingeständnis der eigenen Unzulänglichkeit im Umgang mit Menschen mit Migrationshintergrund. Da bringt es auch nichts, die Schuld beim Verfassungsschutz zu suchen. Wer erst durch den „NSU“ bemerkt hat, dass es sich bei dem Verein um eine Saubande handelt, hat schon zu vieles nicht bemerkt. Naziterror gab es lange vor dem „NSU“, bspw. die „Wehrsportgruppe Hoffmann“ oder den rechten Mörder Kay Diesner. Dass der Kern des NSU über Sprengstoff verfügt hatte und abgetaucht war, konnte man schon damals in antifaschistischen Zeitschriften nachlesen. Ebenso, dass es Konzepte für Rechtsterrorismus gab, die in der Szene kursierten.

Trotzdem haben auch aktive AntifaschistInnen etwa nach dem Bombenanschlag in der Kölner Keupstraße nicht ernsthaft an den von den Behörden präsentierten Ermittlungsergebnissen gezweifelt. Warum? Warum haben wir, die doch sonst auch kritisch die Arbeit des Staates beäugen, es uns hier so verdammt einfach gemacht? Und das, obwohl Angehörige frühzeitig auf Nazis als Täter deuteten und die Vermutungen der Polizei scharf zurückwiesen?

Offenbar haben auch wir zwar vielleicht Rechtsterrorismus für möglich gehalten, aber nicht in diesem Ausmaß und offenbar haben auch wir uns – bei aller Kritik am Staat – ein derartiges Totalversagen der Behörden nicht vorstellen können.

Außerdem haben auch wir, den im Nachhinein schon auf den ersten Blick falschen Verdächtigungen, Glauben geschenkt. Dass lange Zeit durch die Kontaminierung von Wattestäbchen der Eindruck erweckt wurde, eine einzige (nicht existente) weibliche Person wäre an allen Tatorten gewesen, die Spekulationen über eine Profi-Killer und andere zumindest ansatzweise nachvollziehbar erschienen – all das kann das Versagen der antifaschistischen Linken nicht entschuldigen.

Es zeigt einmal mehr, dass wir nicht nur zu unkritisch waren, sondern dass wir auch zu wenig Kontakte zu migrantischen Communities und Vertrauen in diese hatten.

Ein Jahr vor dem Mord an Mehmet Kubaşık wurde Thomas Schulz von einem Neonazi ermordet. Tausende AntifaschistInnen demonstrierten in der Dortmunder City, bis heute erinnern wir daran. Zu recht. Doch warum waren wir nicht da, als die Angehörigen 2006 de-

monstrierten? Ja, damals wussten wir nicht, was wir heute wissen. Aber trotzdem fragen wir uns bis heute: WARUM?

Warum waren wir so unkritisch?

- als Angehörige öffentlich an Nazis als Täter dachten?
- als die Presse von "Döner-Morden" schrieb?
- obwohl wir von rechtsterroristischen Konzepten wussten?
- obwohl wir von Waffen in der Szene wussten?
- obwohl wir sonst dem Staat misstrauen?

Denn warum beschäftigen sich mehr als ein Jahr nach dem Bekanntwerden der Mordserie so wenig Antifas offensiv mit dem Themenkomplex? Erfreulicherweise leisten ein paar wenige antifaschistische Journalisten, Blogs und Initiativen dahingehend großartige Arbeit.

Die Morde lösten natürlich eine Hilflosigkeit aus. So sind die Morde Jahre her, zwei der drei Neonazis sind tot, die Dritte hockt im Knast. Damit greift auch das klassische, fast schon zwanghafte, interventionistische Parolenrepertoire nicht mehr: es gibt nichts mehr zu „sabotieren, blockieren und verhindern“, wir können niemanden mehr dafür „auf's Maul hau'n“ oder was „wegbassen“.

Dabei wollen wir derartige Aktionen oder Parolen nicht verteufeln; sie werden auch weiterhin ihre Zweck erfüllen, aber niemals genügen.

Die logische Konsequenz daraus muss sein, den eigenen Habitus zu überdenken. Dieser war seit den 90er Jahren lediglich ein Abbild der eigenen Ohnmacht, daher müssen jetzt Konsequenzen im eigenen Denken und Handeln gezogen werden.

Sollte Antifa als Kampf ums Ganze begriffen werden, müssen wir es schaffen, über den eigenen Tellerrand zu blicken.

Ein Beispiel dafür, dass es anders geht, war die Diskussions- und Gedenkveranstaltung für Mehmet Kubasik des "Antifa-Camp Dortmund" mit Angehörigen und migrantischen Organisationen im August 2012.

Auch, dass wir hier alle zusammen stehen, ist ein weiteres positives Beispiel!

Für einen kritischen Antifaschismus!

- Antifaschistische Union Dortmund
antifaunion.blogspot.de
 - Antifaschistisches Medienzentrum Dortmund
twitter.com/amzdo
 - Autonome Antifa 170
aa170.noblogs.org
 - Die Bande
diebande.blogspot.de
-
- Dortmunder Antifa-Bulletin
dab.nadir.org
 - Dortmunder Mobi-Blog
dortmund.blogspot.de

